Hitzewelle, die gemeinsame Erhebung, die zur Volksrevolution werden wird, der Volkssturm gegen den Faschismus ist zum ehernen Gebot der Stunde geworden! Die mehrheitliche Einheitsfront des Proletariats im Bündnis mit den ausgebeuteten Mittelschichten und Kleinbauern wird zur geschichtlichen Notwendigkeit!

Vom Volkssturm längst hinweggefegt wären die Raubbeuter, die Industriekapitäne, die Bankfürsten und Großgrundbesitzer samt ihrer Brüning-Regierung, würden sie nicht der tatkräftigen Unterstützung der Nationalsozialistischen Partei und der SPD-Führer gewiß sein.

Wir fragen die ins Lager der Habenichtse geschleuderten Mittelständler, die auf Hungerration gesetzten Angestellten und Beamten, die Naziproleten mit der Stempelkarte: Was ist aus den Versprechungen eurer Führer geworden?

Welchen blutigen, grausamen Schatten wirft euer Drittes Reich voraus?

Generalstreik gegen Youngplan war einstmals das demagogische Losungswort Hitlers, mit dem er seinen Betrug an den Volksmassen begann. Streikbruch gegen die kämpfenden Arbeiter, Eintreibung der Youngsteuern durch Frick, dem Minister der „Novemberrepublik", Bewilligung von Riesensubventionen für die kapitalistischen Ausbeuter im Reichstag. Ablehnung der Besteuerung der Millionäre, Erklärung Hitlers in der englischen und amerikanischen Presse, sich mit einer Revision des Versailler Vertrags zu begnügen, Reparationen „nach Maßgabe des Möglichen" zu zahlen, das ist die praktische Illustration zu jenen Versprechungen, mit denen er euch das Ende eurer Knechtschaft, das Reich eurer Freiheit verheißen hat. Nichts ist davon übrig geblieben, als die blutige Mordhetze gegen das Land, das seine Raubverträge zerbrach — gegen Sowjetrußland —, nichts davon übrig geblieben, als der mörderische Kampf gegen die Arbeiter und werktätigen Bauern, die auch in Deutschland mit den inneren und äußeren Feinden des arbeitenden deutschen Volkes aufräumen müssen.

Massenelend und Krieg bedeutet die Herrschaft des Faschismus, Massenelend und Krieg das Tatprogramm der NSDAP, der bewaffneten Konterrevolution als Massenbewegung.

Aber auch die sozialdemokratische Führerschaft ist nicht nur Wegbereiter, sondern auch Stütze des Faschismus. Der Kongreß, getragen von dem heißen Einheitswillen, der durch die Millionen deutscher Werktätiger geht, kann nicht darauf verzichten, insbesondere den sozialdemokratischen Arbeitern draußen im Lande

die Politik der rechten und „linken" SPD-Führer

zu demonstrieren. Wenn vor wenigen Tagen **Brüning auf der Chemnitzer Tagung** der sächsischen Industriellen erklärte, daß die Senkung der Selbstkosten, das heißt der Lohnraub in Sachsen besonders notwendig sei, wenn er sich brüstete, daß er im Weltmaßstab der Vorkämpfer einer das arbeitende Volk ausplündernden Politik sei, so stützt er sich dabei auf das Vertrauensvotum der sozialdemokratischen Führer.

Erinnert ihr euch, sozialdemokratische Klassengenossen, des September, der Reichstagswahlen des vergangenen Jahres?

„Politik der Verruchtheit" nannten eure „linken" Führer die Notverordnungen Brünings, die Ausschaltung des Parlaments, die Ersetzung der demokratischen durch offene faschistische Herrschaftsmethoden. Im Dezember erklärten sie dieser „Politik der Verruchtheit" das Vertrauen.

In der letzten Lohnbewegung der sächsischen Metallarbeiter brachten es die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer Sachsens fertig, von sich aus die Verbindlichkeitserklärung eines Schiedsspruches zu beantragen, der den Arbeitern und Arbeiterinnen den Lohn um 5 Prozent kürzt. In den letzten Tagen ist der organisierte Vorstoß der braunen Mordpest zur Desorganisierung der proletarischen Kampfesreihen für jedermann offenbar geworden.

Aus dem Blute viehisch gemordeter, niedergeschlagener sozialdemokratischer und Reichsbannerarbeiter erwächst unter den hunderttausenden sozialdemokratischen Arbeitern Sachsens der Wille zur Tat, zur Einheit des Handelns.

Seite an Seite mit den kommunistischen Arbeitern haben sie in Dresden, Bautzen und anderen Orten sich mit proletarischer Faust den Ueberfällen der braunen Mordpest erwehrt.

Wir Delegierten des Kongresses, insbesondere die der Sozialdemokratischen Partei angehörenden Arbeiter, fragen euch,

Klassengenossen in der SPD

Ist es nicht schändlich, die kommunistischen Arbeiter, die mit euch gemeinsam gegen den Faschismus kämpfen, als „Feinde der proletarischen Einheit", als „Nazi-Kozis" zu bezeichnen?

Ist es nicht schändlich, uns sozialdemokratischen Arbeitern die Teilnahme an dem Kampfkongreß gegen den Faschismus zu verbieten, uns den Parteiausschluß anzudrohen, während einige Tage vorher Severing und der „linke" Löbe gemeinsam mit den Reichswehrgenerälen die Kaiserkrönungsfeier des Bismarckschen Reiches feierten?

Wird es euch nicht klar, schreit nicht das Blut der vom Faschismus gemordeten Kameraden aller Richtungen zur revolutionären Einheit, zur revolutionären Tat? Wollt ihr noch länger auf das Wort jener hören, die hinter „linken" Phrasen einem Brüning das Vertrauen aussprachen, aber euch verbieten wollen, mit den kommunistischen Arbeitern den Faschismus niederzuringen?

Die Zerschmetterung des Faschismus ist die Sache des gesamten werktätigen Volkes

Die Aufgabe ist nicht zu lösen ohne das Bündnis des Proletariats mit den werktätigen Bauern, den Mittelschichten, den Angestellten und Beamten, die, von den Großkapitalisten Getrichteten und Ausgebeuteten, gehören in die Front jener, die den Kapitalismus bekämpfen, in die Front des kämpfenden Proletariats.

Wie [illegible] der Kampf gegen einheitliche und fremde Unterdrückung, gegen Massenelend und Kriegsgefahr keine Parteiangelegenheit.

[illegible] rufen alle Katholiken auf, gegen die gemeinsame Gefahr im gemeinsamen Kampf zusammenzustehen.

Als Kampfmaßnahmen schlagen wir vor:

Organisierung von Streiks unter Führung der [illegible] gegen Aussperrung, für Lohnzahlung während [illegible]

Hitzewelle, die gemeinsame Erhebung, die zur Volksrevolution werden wird, der Volkssturm gegen den Faschismus ist zum ehernen Gebot der Stunde geworden! Die mehrheitliche Einheitsfront des Proletariats im Bündnis mit den ausgebeuteten Mittelschichten und Kleinbauern wird zur geschichtlichen Notwendigkeit!

Vom Volkssturm längst hinweggefegt wären die Raubbeuter, die Industriekapitäne, die Bankfürsten und Großgrundbesitzer samt ihrer Brüning-Regierung, würden sie nicht der tatkräftigen Unterstützung der Nationalsozialistischen Partei und der SPD-Führer gewiß sein.

Wir fragen die ins Lager der Habenichtse geschleuderten Mittelständler, die auf Hungerration gesetzten Angestellten und Beamten, die Naziproleten mit der Stempelkarte: Was ist aus den Versprechungen eurer Führer geworden?

Welchen blutigen, grausamen Schatten wirft euer Drittes Reich voraus?

Generalstreik gegen Youngplan war einstmals das demagogische Losungswort Hitlers, mit dem er seinen Betrug an den Volksmassen begann. Streikbruch gegen die kämpfenden Arbeiter, Eintreibung der Youngsteuern durch Frick, dem Minister der „Novemberrepublik", Bewilligung von Riesensubventionen für die kapitalistischen Ausbeuter im Reichstag. Ablehnung der Besteuerung der Millionäre, Erklärung Hitlers in der englischen und amerikanischen Presse, sich mit einer Revision des Versailler Vertrags zu begnügen, Reparationen „nach Maßgabe des Möglichen" zu zahlen, das ist die praktische Illustration zu jenen Versprechungen, mit denen er euch das Ende eurer Knechtschaft, das Reich eurer Freiheit verheißen hat. Nichts ist davon übrig geblieben, als die blutige Mordhetze gegen das Land, das seine Raubverträge zerbrach — gegen Sowjetrußland —, nichts davon übrig geblieben, als der mörderische Kampf gegen die Arbeiter und werktätigen Bauern, die auch in Deutschland mit den inneren und äußeren Feinden des arbeitenden deutschen Volkes aufräumen müssen.

Massenelend und Krieg bedeutet die Herrschaft des Faschismus, Massenelend und Krieg das Tatprogramm der NSDAP, der bewaffneten Konterrevolution als Massenbewegung.

Aber auch die sozialdemokratische Führerschaft ist nicht nur Wegbereiter, sondern auch Stütze des Faschismus. Der Kongreß, getragen von dem heißen Einheitswillen, der durch die Millionen deutscher Werktätiger geht, kann nicht darauf verzichten, insbesondere den sozialdemokratischen Arbeitern draußen im Lande

die Politik der rechten und „linken" SPD-Führer

zu demonstrieren. Wenn vor wenigen Tagen **Brüning auf der Chemnitzer Tagung** der sächsischen Industriellen erklärte, daß die Senkung der Selbstkosten, das heißt der Lohnraub in Sachsen besonders notwendig sei, wenn er sich brüstete, daß er im Weltmaßstab der Vorkämpfer einer das arbeitende Volk ausplündernden Politik sei, so stützt er sich dabei auf das Vertrauensvotum der sozialdemokratischen Führer.

Erinnert ihr euch, sozialdemokratische Klassengenossen, des September, der Reichstagswahlen des vergangenen Jahres?

„Politik der Verruchtheit" nannten eure „linken" Führer die Notverordnungen Brünings, die Ausschaltung des Parlaments, die Ersetzung der demokratischen durch offene faschistische Herrschaftsmethoden. Im Dezember erklärten sie dieser „Politik der Verruchtheit" das Vertrauen.

In der letzten Lohnbewegung der sächsischen Metallarbeiter brachten es die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer Sachsens fertig, von sich aus die Verbindlichkeitserklärung eines Schiedsspruches zu beantragen, der den Arbeitern und Arbeiterinnen den Lohn um 5 Prozent kürzt. In den letzten Tagen ist der organisierte Vorstoß der braunen Mordpest zur Desorganisierung der proletarischen Kampfesreihen für jedermann offenbar geworden.

Aus dem Blute viehisch gemordeter, niedergeschlagener sozialdemokratischer und Reichsbannerarbeiter erwächst unter den hunderttausenden sozialdemokratischen Arbeitern Sachsens der Wille zur Tat, zur Einheit des Handelns.

Seite an Seite mit den kommunistischen Arbeitern haben sie in Dresden, Bautzen und anderen Orten sich mit proletarischer Faust den Ueberfällen der braunen Mordpest erwehrt.

Wir Delegierten des Kongresses, insbesondere die der Sozialdemokratischen Partei angehörenden Arbeiter, fragen euch,

Klassengenossen in der SPD

Ist es nicht schändlich, die kommunistischen Arbeiter, die mit euch gemeinsam gegen den Faschismus kämpfen, als „Feinde der proletarischen Einheit", als „Nazi-Kozis" zu bezeichnen?

Ist es nicht schändlich, uns sozialdemokratischen Arbeitern die Teilnahme an dem Kampfkongreß gegen den Faschismus zu verbieten, uns den Parteiausschluß anzudrohen, während einige Tage vorher Severing und der „linke" Löbe gemeinsam mit den Reichswehrgenerälen die Kaiserkrönungsfeier des Bismarckschen Reiches feierten?

Wird es euch nicht klar, schreit nicht das Blut der vom Faschismus gemordeten Kameraden aller Richtungen zur revolutionären Einheit, zur revolutionären Tat? Wollt ihr noch länger auf das Wort jener hören, die hinter „linken" Phrasen einem Brüning das Vertrauen aussprachen, aber euch verbieten wollen, mit den kommunistischen Arbeitern den Faschismus niederzuringen?

Die Zerschmetterung des Faschismus ist die Sache des gesamten werktätigen Volkes

Die Aufgabe ist nicht zu lösen ohne das Bündnis des Proletariats mit den werktätigen Bauern, den Mittelschichten, den Angestellten und Beamten, die, von den Großkapitalisten Getrichteten und Ausgebeuteten, gehören in die Front jener, die den Kapitalismus bekämpfen, in die Front des kämpfenden Proletariats.

Wie [illegible] der Kampf gegen einheitliche und fremde Unterdrückung, gegen Massenelend und Kriegsgefahr keine Parteiangelegenheit.

[illegible] rufen alle Katholiken auf, gegen die gemeinsame Gefahr im gemeinsamen Kampf zusammenzustehen.

Als Kampfmaßnahmen schlagen wir vor:

Organisierung von Streiks unter Führung der [illegible] gegen Aussperrung, für Lohnzahlung während [illegible]

ausgleich, insbesondere Vorbereitung des eine Viertelmillion Arbeiter und Arbeiterinnen erfassenden Kampfes der sächsischen Textilarbeiter, die vom faschistischen Lohnraub bedroht sind.

Kampf gegen Gehaltsabbau der Angestellten und Beamten, gegen das für den 1. Februar geplante Beamtennotopfer.

Kampf gegen den Unterstützungsraub an den Erwerbslosen, insbesondere gegen die drohende Dienstpflicht der arbeitenden Jungarbeiter.

Vorbereitung des Kampftages gegen Arbeitslosigkeit am 31. Februar.

Im Kampf gegen die Brüning-Regierung, der schamlosen Subventionspolitik zum Nutzen der Großkapitalisten, für die Durchführung der Arbeitsbeschaffungsprogramme muß der politische Massenstreik geführt werden.

Streikrecht, Pfändungsmaßnahmen, Diktatursteuern gegen Kleingewerbetreibende und Bauern müssen nicht nur zu massenhaften Einbrüchen und Protesten, sondern in gemeinsamen Kundgebungen aller, in aktiver Abwehr von Pfändungen und Exmissionen, in Streikkreise zur Verhinderung der Eintreibung der Diktatursteuern ausmünden.

Vorbereitung der Betriebsrätewahlen im Zeichen des Kampfes gegen Lohnraub!

Mit der ideologischen Vorbereitung der [illegible] und antisemitischen Machtübernahme des Faschismus ist der wirksame Massenkampf die beste Vorbereitung, die unmittelbar von allen Werktätigen [illegible]

Schluß gemacht mit dem Terror der [illegible] und [illegible]!

Kein Betrieb ohne Betriebswehr, keine Stempelstelle ohne Erwerbslosenstaffel!

Kein Ort ohne einen alle Schichten der werktätigen Bevölkerung, ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit umfassenden, starken Kampfbund gegen den Faschismus, ohne Aktionsausschuß!

Als höchste Form des Kampfes gegen den Faschismus in der gegenwärtigen Situation ist die Verbindung von Straßendemonstrationen mit dem politischen Massenstreik zur Niederkämpfung aller Anschläge der faschistischen Diktatur.

Der Volkskampf gegen Faschismus, die Einbeziehung der breitesten Massen in diesen Kampf gebietet die Schaffung entsprechender Einheitsfrontorgane. Diese Organe sind die

Aktionsausschüsse zum Kampfe gegen den Faschismus,

die in allen Städten und Dörfern Sachsens aus der Mitte der Delegierten von Betrieb und Stempelstelle, aus den Schichten der arbeitenden Bauern und Mittelständler, aus allen Massenorganisationen des werktätigen Volkes gewählt werden müssen.

Der auf dem Kongreß gewählte **Aktionsausschuß** muß **alle** örtlichen Kräfte und Bewegungen zu Gebietsausschüssen im übrigen Reich herstellen, um so die volksrevolutionäre Bewegung dem einheitlichen Ziele aller Ausgebeuteten zuzuführen.

Der Zerschmetterung der faschistischen Diktatur!
Der Zerreißung des räuberischen Youngplans!
Der Volksrevolution unter Führung der Kommunistischen Partei zu ein freies, sozialistisches Deutschland!

Neue Bluttaten der braunen Mordpest

222 Schluß mit den Provokationen — Heraus zum wehrhaften Gegenangriff!

Radeberg, 26. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

In Radeberg wollte am Sonnabend den 24. Januar der nationalsozialistische Gauleiter Gauleiter Mutschmann von den Nazis sprechen. Die Radeberger Arbeiterschaft rief zu einer Gegenkundgebung auf. 1000 Arbeiter marschierten in geschlossenen Kolonnen durch die Stadt. Als sie in das Versammlungslokal einzogen, gingen die Nazis zum Angriff über. Mit Dolchen und Stahlruten bewaffnet, schlugen sie auf die Arbeiter ein. Nach dem Polizeibericht sind auf seiten der Arbeiter 8 verletzt, darunter 2 Schwerverwundete, bei den Nazis 6. In Wirklichkeit ist der Verlust der Nazis bedeutend größer. Die Versammlung konnte auf Grund des aktiven Auftretens der Arbeiterschaft nicht stattfinden. Für Dienstag den 28. Januar ruft der Kampfbund gegen Faschismus die Radeberger Arbeiterschaft erneut zur wuchtigen Kundgebung gegen die faschistische Diktatur auf.

Ein Arbeiter erstochen

Stralsund, 26. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Eine große Anzahl Männer, anscheinend Nationalsozialisten, drangen am Sonntag in das kommunistische Parteilokal ein und provozierten eine Schlägerei. Dabei wurde der kommunistische Arbeiter Demlow durch Dolchstiche schwer verletzt, so daß er kurze Zeit danach im Krankenhaus verstarb.

15000 marschieren in Hamburg auf

Hamburg, 26. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Hamburger Bezirksleitung der KPD hatte gestern zu einer antifaschistischen Demonstration aufgerufen, die einen wuchtigen Verlauf nahm. In disziplinierten Reihen marschierten die Kolonnen der Arbeiter zum Einsbüttelerplatz in Moorwalde, wo sich über 15 000 Arbeiter versammelten. Von 3 verschiedenen Stellen wurden Ansprachen gehalten, die in der Aufforderung ausklangen, den antifaschistischen Kampf zu verstärken und die Einheitsfront aller Arbeiter herzustellen. Der Polizei Schönfelders gelang es nicht, trotz verschiedener Provokationen, die wuchtige Kundgebung zu stören.

So hetzt Hörsing Arbeiter gegen Arbeiter

Bremen, den 26. Januar.

Eine Veranstaltung des Reichsbanners am gestrigen Sonntag benutzte Hörsing zu einer schamlosen Hetze gegen die kommunistischen Arbeiter. Er machte sie als „Helfershelfer der Nazis" für die Zunahme der Erwerbslosenzahl verantwortlich. Zwischen Hitler und Stalin bestehe ein Geheimvertrag. Beide spielten mit vertauschten Rollen. Das Reichsbanner hingegen wolle weiter kämpfen „für Deutschlands Größe und der Republik Freiheit."

Die Großenhainer Nazi-Provokation und die Rolle der Polizei

(Arbeiterkorrespondenz)

Am Montag, dem 19. Januar, wurden gegen 19,30 Uhr abends einige Reichsbannerleute von einer Horde Nationalsozialisten überfallen und blutig geschlagen. Darauf alarmierten wir sofort unsere Genossen und marschierten schon um 20 Uhr mit starker Formation durch die Straßen. Unterwegs trafen wir die Schutzformation des Reichsbanners, die sich uns dann anschloß. Nach längerer Demonstration marschierten wir nach dem Gewerkschaftsheim, in das wir zur kurzen Ruhe hineingingen. Nach einiger Zeit kam die Nachricht, daß die Faschisten, ungefähr 100 Mann, im Anmarsch seien. Gleichzeitig aber hatte Großenhainer Polizei und inzwischen von auswärts eingetroffene Sipo das Gewerkschaftsheim besetzt und versperrte die Türen. Plötzlich wurde der Eingang von der Polizei freigegeben. Die Polizei saßte auf ihren Autos ab, gerade in dem Augenblick, wo die Nazis in schnellem Marschschritt anmarschiert kamen. In wenigen Sekunden waren die Nazis vor dem Heim. Der Führer gab das Signal zum Angriff. Die Nazis hatten unterwegs einen Gartenzaun ausgehoben, den sie vor die Tür des Gewerkschaftshauses schoben, um uns den Austritt zu erschweren. Es setzte nun der blutige Ueberfall der Nazis ein. Das Lokal wurde vollständig zertrümmert. Die Arbeiter hatten ungefähr 20 Leicht- und fünf Schwerverletzte. Jedoch ist auch auf seiten der Nazis ein erheblicher Teil verletzt, die sie mitschleppten und, soweit sie von auswärts waren, in Privatautos wegführten. Von seiten der Nazis ist scharf geschossen worden. Nachdem die Nazis abgezogen waren, erschien die Polizei wieder und gab plötzlich das Kommando: „Straße säubern!" Nun wurde eine gemeine Gummiknüppelaktion gegen die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter durchgeführt. — Dieser Augenzeugenbericht ist wohl der trefflichste Beweis für die Unterstützung, die die Nazis durch den Staatsapparat erfahren.

Das Scharfmacherpack provoziert

Massenkündigungen im Ruhrgebiet / 20 Prozent Lohnraub gefordert

Essen, 26. Januar. (Eig. Drahtmeldung.)

Am Sonnabend fanden zwischen den Vereinigten Stahlwerken und den Tarifgewerkschaften Verhandlungen statt, die die Kündigung von 7000 Arbeitern und Angestellten zum Gegenstand hatten, die von der Direktion der Hütte Rheinrohr-Meiderich ausgesprochen worden war. Die Unternehmervertreter traten unerhört provozierend auf und erklärten, etwa 4500 der Belegschaft weiter zu beschäftigen, wenn die Arbeiter und Angestellten einen 20prozentigen Lohn- und Gehaltsabbau freiwillig annehmen und die Direktion das Recht hat, 10 Prozent aller Arbeitstage als Feierschichten zu erklären. Vorläufig haben die Tarifgewerkschaften diese freche Unternehmerforderung abgelehnt. Aber es steht fest, daß die Gewerkschaftsbürokraten bereit sind, einen Teil dieser Forderungen zu erfüllen, da sie nichts tun, um die Arbeiter dieser Hütte zum Kampf zu mobilisieren. Das einzige Mittel, diesen frechen Vorstoß der Schwerindustrie zurückzuweisen, ist der Streik unter Führung der RGO.

Neueste „Rettungsaktion" Brünings

Köln, 26. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Reichskanzler Brüning hielt gestern in der Messehalle vor den christlichen Gewerkschaften eine Rede, in der er ausführte, es komme jetzt darauf an, einen großen Plan für ein Jahrzehnt in Angriff zu nehmen. Doch dürfe man, wie die Dinge jetzt liegen, den Plan nicht bekannt geben, da man sonst überhaupt nicht weiterkomme. Schon diese eine Tatsache, daß der „Zehnjahrplan der Brüning-Regierung" verheimlicht werden soll, beweist das schlechte Gewissen der Väter. Nach der bisherigen Praxis der Brüning-Regierung zu urteilen, wird der „Zehnjahrplan der Brüning-Regierung" gerade das Gegenteil des Fünfjahrplans der Sowjetunion sein. Während die Sowjetunion durch den Fünfjahrplan gewaltige Verbesserungen für die Arbeiter bringt, beginnt die Brüning-Regierung ihr Vorhaben mit Steuern, Lohnsenkungen und Millionen-Subventionen für die Großindustrie, was weitere Verelendung der Massen bedeutet. Der „Zehnjahrplan der Brüning-Regierung" muß fehlschlagen, da ein Plan nur im Lande der sozialistischen Planwirtschaft möglich ist.

Frick bei den Ruhrmillionären

Essen, 24. Januar.

Wie das „Ruhr-Echo" aus völlig zuverlässiger Quelle erfährt, hat der Nazi-Innen- und Polizeiminister von Thüringen, Wilhelm Frick, mehrere Tage in Essen geweilt und geheime Konferenzen mit den Zechenkapitänen und Metallindustriellen gehabt. Die Konferenz hat im feudalsten Hotel von Essen, im Kaiserhof, stattgefunden. Hier hat Herr Frick im geschlossenen Kreis von weit über 100 Großindustriellen gesprochen und die bedingungslose Unterstützung der Nazis bei allen Lohn- und Gehaltsverhandlungen zugesagt. Nachdem sich die Herren Millionäre der Unterstützung der Nazis vergewissert hatten, hielten sie mit Frick einen zweiten, sozusagen gemütlichen Abend ab, bei dem die Politik eine weitaus geringere Rolle spielte als der Sekt.

Inzwischen hat Herr Frick in einer Rede in Kassel seine Zusammenkunft mit den Scharfmachern des Ruhrgebiets bestätigt. Wie die Hugenbergsche TU mitteilt, führte Frick, der jetzt gerade ein Jahr Youngminister ist, dort aus: „Er habe kürzlich Gelegenheit gehabt, vor Industriellen des Ruhrgebietes über den Nationalsozialismus zu sprechen." Daß er das Sektgelage verschwieg, versteht sich.